

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angeschlossen
Redaktion: SW. 68, Cindenbergstr. 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Montag

2. November 1925

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindenbergstr. 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-207

Schwenkung in Moskau?

Neue Orientierung der russischen Außenpolitik.

Während der ganzen Zeit, wo die Verhandlungen über den Sicherheitspakt geführt wurden und insbesondere während der Beratungen in Locarno, tobte die kommunistische Presse in heftigster Weise gegen den Pakt, den sie als „Kriegspakt“, als „Verrat an Rußland“ usw. bezeichnete. So lautete der Befehl aus Moskau, so mußten die Kommunisten tanzen. Jetzt scheint aber plötzlich der Wind in Moskau umgeschlagen zu sein. In der „Pravda“, dem Zentralorgan der Kommunistischen Partei Rußlands, wird in der Nummer vom 25. Oktober an leitender Stelle auseinandergesetzt, es sei keineswegs richtig, daß die Verträge von Locarno Sowjetrußland isoliert hätten. Es sei überhaupt undenkbar, daß eine Politik der Isolierung gegenüber Rußland anwendbar sei. Sie würde stets nur ein frommer Wunsch bleiben:

Wir werden nicht mehr zu den Zeiten der militärischen Interventionen zurückkehren. Wir kehren nicht mehr zurück zu der diplomatischen Blockade, zu den Zeiten von Clemens und Haug. Warum? Weil sowohl die diplomatische als die finanzielle Blockade eine zweischneidige Waffe ist.

Nach diesen Feststellungen geht die „Pravda“ noch weiter. Sie findet plötzlich, in Widerspruch zu ihren früheren Behauptungen, daß die Verträge von Locarno keineswegs die Selbständigkeit der vertragschließenden Mächte behindern:

Im Rahmen der Verträge von Locarno, die angeblich mit dem Versailles Vertrag geschlossen werden, ist auch Raum für eine Verständigung über ökonomische und politische Interessen zwischen der Sowjetunion und jedem der übrigen der Staaten, die an den Verträgen von Locarno teilnehmen.

Zum Schluß weist die „Pravda“ noch auf das entscheidende Moment hin, daß die Volksmassen in allen Ländern, insbesondere in England, einen Abscheu vor dem Kriege und Furcht vor dem wirtschaftlichen Chaos hätten, und deshalb jeden Versuch bekämpfen würden, die Verträge von Locarno in eine Waffe gegen die Sowjetunion zu verwandeln.

Nach diesen Feststellungen, die offensichtlich gegen die „Unentwegten“ in den Reihen der Kommunistischen Partei gerichtet sind, entwickelt das kommunistische Zentralorgan sein eigenes, positives Programm:

Die Verträge von Locarno müssen wir nur als eine Reihe von Voraussetzungen betrachten. In welcher Richtung sich diese Voraussetzungen entwickeln werden, wird von dem Kräfteverhältnis ab-

hängen, das jetzt besteht und das zwischen der Sowjetunion und den verschiedenen europäischen Staaten sich entwickeln wird. Man sagt, daß die Verträge von Locarno das Ziel verfolgen, den Frieden zu sichern. Aber eine Sicherung des Friedens gegen uns und ohne uns ist ein reaktionäre Utopie. Wer wirklich die Sicherung des Friedens anstrebt, muß einen anderen Weg einschlagen — er muß die Differenzen zwischen der Sowjetunion und den Staaten, auf die es hier ankommt, beseitigen.

Gewiß gäbe es Differenzen, die aus der verschiedenen Struktur Rußlands und der Westmächte entsprängen:

Aber es gibt eine Reihe von Fragen, sowohl politischer wie wirtschaftlicher Natur, die von der Vergangenheit übernommen oder sich im Prozeß unserer Existenz gebildet haben und die man zweifellos lösen kann, aber nur unter der Bedingung, daß die kapitalistischen Staaten sich uns gegenüber gleich zu gleich verhalten werden.

Und nun folgt der entscheidende Passus, der die neue Stellungnahme Sowjetrußlands gegenüber dem Völkerbund umreißt:

Wer aufrichtig unseren Eintritt in den Völkerbund befürwortet, muß uns vor allem in der internationalen Politik in eine solche Lage versetzen, daß man uns nicht als einen Staat mit beschränkten Rechten betrachtet. Wenn das geschieht, wird auch der Völkerbund nicht notwendig sein, um zwischen uns und den anderen Staaten jene minimalen normalen Beziehungen zu schaffen, die eine neue Etappe in der Entwicklung der Weltwirtschaft und der Sicherung des internationalen Friedens möglich machen würden.

Trotz der verklausulierten Fassung der letzten Sätze ist aus dem Artikel der „Pravda“ dennoch deutlich ersichtlich, daß eine Schwenkung der russischen Außenpolitik in der Richtung der Annäherung an den Völkerbund in Vorbereitung ist. Diese Annahme wird auch durch Moskauer Meldungen bestätigt, daß in leitenden Kreisen der Kommunistischen Partei und der Sowjetregierung eine Mehrheit für eine neue Orientierung der Außenpolitik sich gebildet habe. In Verbindung mit dieser Reorientierung sei auch die plötzliche Verlegung Katschalski als Botschafter nach Paris zu werten.

Diese Meldungen tragen in Verbindung mit der sensationellen Schwenkung der „Pravda“ einen hohen Grad von Wahrscheinlichkeit. Welche konkreten Forderungen daran geknüpft werden können, dürften schon die nächsten Tage zeigen.

Schulaufbau in Rußland.

(Eindrücke und Beobachtungen.)

Von Erik Karjen.

Fährt man mit der Eisenbahn in Sowjetrußland tagelang durch öde Steppe, die noch kein Pflug berührt hat und die vielleicht bei moderner maschineller Urbarmachung, durch Anlage moderner Bewässerungsanlagen Hunderttausenden Nahrung geben könnte, sieht man die — mit seltenen Ausnahmen! — unglaublich primitiven Ackergeräte, die aus Urdänerzeiten stammende zurückgebliebene Form der Bewirtschaftung, sieht man, welcher Hunger nach industriellen Produkten jeder Art bei dem erwachenden Bauern vorhanden ist, wie dieser Hunger aber nicht befriedigt werden kann, weil die russische Industrie qualitativ und quantitativ völlig unzureichend ist — heute, trotz aller sichtbaren Zeichen der Erholung, 40 Proz. der Vorkriegszeit! — so weiß man, daß dieses Land nichts nötiger braucht, als den gelehrten, den qualifizierten Arbeiter, den Landarbeiter, den Fabrikarbeiter, den gelehrten Techniker, den Lehrer, den sozialpolitischen Beamten.

Kein Wunder, daß dort das Wort „Arbeitschule“ den von allem bloß Methodischen abweichenden Sinn bekommen hat, durch lebensgemäße (kollektivistische, systematische) Arbeit, ja durch wirkliche soziale Arbeit die Jugend zur Lebensarbeit heranzubilden. Kein Wunder, daß die Schulen geteilt werden in Land- und Bauernschulen, solche für die Bauern, und solche für die industrielle Jugend, worin zugleich die Zwecksetzung dieser Schulen ausgesprochen ist. Kein Wunder, daß man bei so deutlicher Zwecksetzung solche Schulen, die ein von den Bedürfnissen der Jugend innerhalb der werdenden Gesellschaft ausgehen, ablehnt und sie nach anfänglich freiem Experimentieren heute an das 1923 vom gelehrten Rat (Gus) herausgegebene und entsprechend aufgefüllte Programm (Lehrplanrichtlinien) bindet, kein Wunder, daß man, der Rot gehorchend, sich heute mit einer vierjährigen (Schule des ersten Grades), im besten Falle siebenjährigen (Schule des ersten Grades und drei Jahre Schule des zweiten Grades) Allgemeinschule begnügt, in die die Kinder von 8 bis 15 Jahren gehen können, während das achte und neunte Schuljahr, wo es vorhanden ist, bereits der Berufsbildung gewidmet ist. Kein Wunder, daß nach einem weiteren Jahr Technikum (höherer Berufsschule) die Berufsbildung des Technikers, des Agronomen, des Lehrers der ersten Stufe abgeschlossen ist und nur ein geringer Teil in einem dem neunjährigen Schulbesuch folgenden vierjährigen Studium die höheren Weihen der Alma Mater empfängt, die etwa auf dem pädagogischen Gebiet die Befähigung gibt, Lehrer der zweiten Stufe zu werden.

Kein Wunder schließlich, daß man industriellen (Fabrik-) und landwirtschaftlichen Berufsschulen, die auf die Schule der ersten Stufe aufbauen, heute freilich auch noch nicht einmal deren Anforderungen stellen können, sehr viel Aufmerksamkeit widmet. Daß man ihnen eine längere Dauer gibt als bei uns (vier Jahre), erklärt sich ebenso wie der relativ längere theoretische Unterricht neben der praktischen Betätigung — in den ersten zwei Jahren vier und vier Stunden täglich, in den nächsten zwei Jahren sechs Praxis und zwei Stunden Theorie — aus der völlig ungenügenden Vorbildung.

Zuletzt weise ich auf das wichtigste, das zentrale Bedürfnis Sowjetrußlands hin, das erst den Schlüssel für den inneren Sinn der neuen Schule gibt. Das ist das Bedürfnis, die Errungenschaften der Revolution zu sichern und die Revolution auszuweiten zur Weltrevolution. Also gilt es, die ganze Jugend mit dem Bewußtsein ihrer Sendung zu erfüllen, sie zu Trägern der auf dem Gemeinschaftsprinzip auf gebauten neuen Gesellschaft zu erziehen, in ihnen den Willen zu stählen, sich für diese, wenn es verlangt wird, aufzuopfern. Es ist kein Zweifel, daß in einigen guten Schulen, die ich gesehen habe, dieses Ziel auch erreicht wird, daß es dort die völlig durchgeführte Selbsterwartung weit über den Rahmen einer Erziehungsmaßnahme hinausgeht und ihr eine wirkliche Würde gibt, die in dem selbstverständlichen Auftreten der Schüler gegen die Lehrerkameraden und gegen Fremde etwas sehr Wohlthuendes hat, die sie befähigt, in jugendlichem Alter öffentliche Aufgaben zu lösen. Daß heute die meisten Schulen noch nicht auf der Höhe dieser Musterbauten sind, daß nur die Tendenz dahin geht, scheint mir sicher. Die äußeren Mittel zur Durchsetzung dieser Tendenz sind immer dieselben: Die Lehrstoffe, die überall, nicht nur in Geschichte, unter dem Gesichtspunkt stehen, daß sie revolutionären Klassenkämpfergeist in dem Schüler hervorrufen sollen, ferner die großen Symbole der Revolution, die Bilder der großen Führer, die in jeder Schule, in jedem öffentlichen Gebäude im Lenin-Zimmer zusammengetragen werden.

Von dieser zentralen politischen Einstellung aus wird man nicht nur das Wesen der russischen Schule, sondern auch das der außerschulischen Bildung verstehen, die Beschäfte auf dem Lande, die Arbeiterclubs in und außerhalb der Fabriken, die Volksbüchereien und Volkshäuser, deren ganzer Bildungsgedanke, so reich gegliedert er auch sein mag, sich im — Lenin-Zimmer zusammenfaßt!

Und nicht zuletzt die Arbeiterfakultäten! Sie sind bewußt Bildungsstätten für Staatsfunktionäre, die aus der Arbeiterklasse stammen und selber in Reich und Glied Jahre hindurch Handarbeiter waren. Sie sind, wie Lunatscharsky selber äußerte, nur eine Übergangs-

Große Koalition?

Diesbezügliche nichts davon bekannt.

Ein Zeitungsgerücht behauptete vor einiger Zeit, der Außenminister Abd el Krims sei wegen Verrat abgeurteilt, auf Befehl Abd el Krims vor eine Kanone gebunden und hingerichtet worden. Auf dies Gerücht hin teilte der angeblich Erschossene lakonisch mit: „Mir ist davon nichts bekannt.“

Ein Berliner Mittagsblatt meldet heute, daß eine Umbildung der Reichsregierung bevorstehe, die Rückkehr zur Großen Koalition sei wahrscheinlich, es handle sich nur noch um die Frage der Kanzlerschaft, und Stresemann habe diese Umbildung als einzige Lösung der Krise erklärt.

Große Koalition? Unmittelbar bevorstehend? Davon müßten wir etwas wissen. Wir können aber nicht anders als lakonisch mitteilen: „Uns ist davon nichts bekannt.“

Die Erwartungen des Rheinlandes.

Eine Entschliebung.

Akt. 2. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei für die obere Rheinprovinz beschäftigte sich am Sonntag in einer außerordentlichen Sitzung mit der gegenwärtigen politischen Lage. Er legte seine Auffassung in einer einstimmig angenommenen Entschliebung nieder, die folgenden Wortlaut hat:

„Die Sozialdemokratische Partei für den Bezirk Obere Rheinprovinz ist in größter Sorge um rheinisches Volk und rheinisches Land. Erfüllt von brennenden Hoffnungen auf die Ergebnisse von Locarno, sieht die Sozialdemokratische Partei mit Enttäuschung und Erbitterung, wie die das Rheinland betreffenden Rückwirkungen von der verantwortungslosen Demagogiepolitik der Deutschnationalen geschehen werden.“

Die rheinische Sozialdemokratie fordert weitgehende erleichternde Zugeständnisse zugunsten der besetzten Gebiete, darunter vor allem die baldige Räumung der ersten Zone, ein Verlangen, das ganz außerhalb von Locarno längst verbriefte Rechte des Rheinlandes und ganz Deutschlands berührt, Verminderung der Besatzungstruppen, grundlegende Wandlung des Regimes der Rheinlandkommission, freie Geltung aller Befehle der deutschen Republik. Die Verhandlungen von Locarno und die hier getroffenen Vereinbarungen machen nach unserer Ueberzeugung eine weitere Beibehaltung der militärischen Besetzung zu militärischen Sicherheitszwecken gegenstandslos.

Das rheinische Volk dürfte auf Grund der Besprechungen zwischen den deutschen Delegierten und den Staatsmännern der Entente annehmen, daß weitgehende Erleichterungen zur Entlastung der Bevölkerung des besetzten Gebietes durchgeführt werden sollten. Es erwartet, daß trotz der deutschnationalen Aktion die

Staatsmänner der Entente von ihren Versprechungen nicht ablassen und daß Locarno weiterhin die europäische Verständigungsbrücke bleibt.

Durch die Flucht der Deutschnationalen aus der Regierung und ihre Verantwortungslosigkeit wird in maßgebenden Kreisen der Entente wiederum das Problem der Sicherheit als ungeklärt bezeichnet, zum schwersten Schaden der auf Erleichterung und Erlösung harrenden rheinischen Bevölkerung. In ihrer schweren Wirtschaftsnöte sieht sie in dem Verhalten der Deutschnationalen einen neuen Hemmschuh für den sozialen Wiederaufstieg der breiten Massen, die durch Lohndruck, Preissteigerung und Arbeitslosigkeit augenblicklich stärker als je zu leiden haben.

Die deutschnationale Aktion gegen Locarno hat die Internationale der Nationalisten aufs neue gestärkt. Sie hat auch im Lager der Entente wieder alle Kräfte des Nationalismus und Chauvinismus aufs neue einstellt und der Befreiungspolitik zugunsten des Rheinlandes neue Schwierigkeiten bereitet. Trotzdem erwartet die rheinische Sozialdemokratie, daß die Staatsmänner der Entente sich in ihrem Willen, für das besetzte Gebiet Erleichterungen zu schaffen, nicht beirren lassen werden. Das besetzte Gebiet — und das ist vor allem der Wille der rheinischen Sozialdemokratie — will die Friedensbrücke sein, auf der sich die vom Nationalismus und Kapitalismus verhassten Länder Europas wiederfinden. Im Kampf gegen die Feinde der Verständigungspolitik im eigenen Lande sagt sie daher den Deutschnationalen und ihren offenen und versteckten Helfershelfern den schärfsten Kampf an, genau so, wie sie erwartet, daß auch die Sozialisten des Auslandes gegen die Friedensstörer in ihren Ländern alle Kampfmittel einsetzen werden.

Reichstag und Beamtengehälter.

Ein unmöglicher Antrag.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat unterm 29. Oktober an den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Genossen Hugo Heimann, den Antrag gestellt, er solle „wegen der außerordentlichen Notlage der unteren und mittleren Beamten sofort den Haushaltsausschuss zwecks Stellungnahme zur Besoldungsordnung in der Erhöhung der Gehälter der unteren und mittleren Beamten“ einberufen.

Der Vorsitzende des Reichshaushaltsausschusses hat darauf den Kommunisten unterm 2. November nachfolgende Antwort erteilt: „Ohne sachlich zu Ihrem Schreiben vom 29. Oktober 1925 Stellung zu nehmen, bedauere ich, Ihrem Wunsch, den Haushaltsausschuss sofort einzuberufen, nicht entsprechen zu können, da weder Reichsverfassung noch Geschäftsordnung mir dazu die Möglichkeit geben.“

Das Alterboger Schickungsgeld, dem General Müller zum Opfer gefallen ist, wird nach dem Ergebnis der amtlichen Untersuchung der Fehlerhaftigkeit eines aus 1917 stammenden, bisher „unbescholtenen“ Saufes zugeschrieben.

erschaffung, um dem kommunistischen Staat möglichst schnell notdürftig ausgebildete, gefinnungsmäßig zuverlässige Beamte zu geben; mehr können diese vierjährigen Massenkurse, die abends nach achtstündiger Arbeit mit müden Menschen von 20 bis 40 Jahren abgehalten werden, mit Menschen, die nicht einmal die Kenntnisse unserer Grundschüler mitzubringen brauchen, auch nicht leisten. Darum werden sie mit dem Aufbau der allgemeinen Schule auch verschwinden.

Eine Frage ist von letzter Wichtigkeit: Wie weit spannt sich heute diese Sowjetschule? Es ist sicher, daß sie, wenn man das ganze Russland ansieht, heute noch nicht 50 Proz. aller Kinder umfaßt. Die Gründe dafür liegen in dem Mangel an Räumen, an Lehrern (Lunatscharski schätzt diesen letzten Mangel auf eine Viertelmillion) und vor allem an Geld. Und doch muß man sagen, daß der Volksehreretat der größte Titel unter allen ist. Es wird gesagt, daß er 30 Proz. des gesamten Etats ausmache. Man sieht eben ein, daß sich die zunächst wichtigste militärische und die sie stützende ökonomische Front schließlich nur halten und vielleicht einmal überwinden lassen durch die dritte, die kulturelle Front.

Das russische Bildungswesen, wie die Sowjetregierung es bis heute ausgebildet hat, bedeutet den Versuch einer Lösung russischer Kulturprobleme, den ich als solchen durchaus bejahe. Aber die deutschen Kommunisten tun meines Erachtens der Regierung Russlands keinen Gefallen, wenn sie deren Lösungen, die sich übrigens bei der rapiden Entwicklung dort auch sehr schnell ändern werden, als vorbildliche nachgeahmt wissen wollen. Nicht nur fehlt bei uns in Deutschland glücklicherweise das Problem des Analphabetismus und das der Hunderttausende von elternlos verwahrlosten Kindern, sondern wir haben auch ein ganz anders differenziertes wirtschaftliches Leben, das nicht nur wesentlich nach zwei Seiten, Landwirtschaft und Industrie sich entfaltet, und brauchen daher ein unendlich viel mehr differenziertes Schulwesen. Wir haben auch ein innenpolitisch viel stärker differenziertes Leben, wir haben eine Demokratie, in der jede Meinung zu ihrem Rechte kommen soll, in der ein jeder sich gewöhnen muß, sich mit dem andern auf gleichem Fuße auseinanderzusetzen, also kein einseitig festgelegtes politisches Bekenntnis, das von jedem anerkannt und mit fast religiöser Weihe umgeben werden muß. Und da würde es uns als ein Rückfall in die Erziehungsmethoden des glücklich überwindenen autokratischen Staates erscheinen, wollten wir schon die Kinder auf ein vielseltiges noch so weites, uns noch so sympathisches politisches Bekenntnis festlegen.

Alle Betonung des noch unzureichenden Umfangs und Inhalts der russischen Schule, der Unterschiede dieser bewährten Klassenschule von den Notwendigkeiten unserer Schule darf uns aber nicht hindern, den starken und sich erstaunlich mit allen Nachmitteln durchsetzenden Kulturwillen des neuen Russland anzuerkennen. Und mehr als das: Gerade im Zeitalter unseres neuen Kulturkampfes um das Reichsschulgesetz beneiden wir die russische Schule um ihre absolute Weltlichkeit, um die völlige Ausschaltung der Kirche und der Religion. Und als Pädagogen anerkennen wir die Persönlichkeiten, die aus einem großen Erfassen ihrer Zeit heraus dem Gedanken der Arbeitsschule einen neuen sozialen Sinn gegeben und sie als soziales Zentrum für ganze Bezirke in Einzelbeispielen zunächst neuartig und vorbildlich aufgebaut haben.

Paul Lenz, Chefredakteur a. D. I. Der Chefredakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, Paul Lenz, ist angeblich aus Gesundheitsrücksichten, von der Leitung des Blattes zurückgetreten. Er bleibt aber in der Eigenschaft eines ständigen politischen Mitarbeiters in engen Beziehungen zur Zeitung. Die Leitung des Blattes übernimmt Dr. Fritz Klein, der bisher schon Lenz ziemlich ausgeglichen hatte.

Die Gewalttätigkeit der Faschisten feierte in Rom ihren dritten Jahrestag. Aus den vielen Sprüchen, die dabei gemacht wurden, sei bloß der des Generalsekretärs Farinacci erwähnt: „Die antisemitische Internationale werde bald zusammenbrechen und dann müsse Italien andere Nationen faszinieren!“

Der junge Kreis.

Wieder einmal geschieht es, daß die Bühne für junge Dramatiker an einem Sonntag vormittag aufgeschlossen wird. Es soll ein Jüngling oder ein Mann umkämpft werden, der auf geradem Wege oder auch auf krummem Wege nicht zum Theater gelangt. Dann will man ihm den allergeradeften Weg ebnen. Die Gemeinschaft der stürmischen Freunde nennt sich diesmal der junge Kreis. Angekündigt wird, daß Herr Joe Sherman für die jungen Dramatiker Regie führt.

Mit Melancholie ist festzustellen, daß der erste Jüngling des jungen Kreises gar nicht mehr zu den Jünglingen gehört. Herr Leo Matthias ist im Gegenteil ein Schriftsteller, der schon sehr männlich wirkte. Sein Buch über Russland enthielt interessante Ausführungen. Daß er philosophisch-historisch betrachtet, weiß man. Seine Komödie „Klavier“, gespielt im Sonntagsklub des jungen Kreises, im Theater in der Klosterstraße, ist allerdings nur aus negativen Werken zusammengesetzt. Das Problem, der Spott über die philanthropische Vereinsmeierei, hinter der nichts als dürftige Menscheneitelkeit steckt, ließe sich auch vor einem gut gesinnten Mann des Volkes rechtfertigen. Matthias verfügt über einige parabolische Talente, aber dann wird er sehr schnell ganz roh und so läppisch, daß der Verdacht auf Kritik und Auseinandersetzung notwendig ist. Seine Lieblingsperson, der Herr Klavier, der sich aus lauter Gefinnungsgleichheit schließlich zum Regier einführt und seinen Dimy tanzt, um der Welt seine Liebe zu jeder atmenden Kreatur, also auch zu der arkanischen Schwarzperle, offenbaren, könnte eine komische Figur sein. Aber der Schöpfer des Herrn Klavier ist im Moment seiner dramatischen Regsamkeit nur ein winziger Mann mit allerhand literarischen Schnürkelchen. So kommt aus ihm kein Leben, sondern nur irgend etwas Groteskes, das dem Mann von gesundem Menschenverstande nicht einleuchten will, sondern nur dem eng begrenzten Klängel gefällt.

Man sollte zu einer Schlacht geladen sein. Man wurde kaum erregt und oft nur sehr schlecht unter, trotz der Humore, die sich der Dramatiker so schön gedacht hatte. Der Dramatiker hatte vor der Aufführung auf seinen Regisseur geschimpft. Dieser besonderen Streich des Wächters im jungen Kreise mit einem seiner Schützlinge entschließen die Zuschauer dahin, daß sie sich ziemlich teilnahmslos gebärdeten. Ein paar Psittuce, ein wenig Gelächter an Stellen, die ernst genommen sein wollten, und schließlich die Beifallsentladung einiger sehr Gläubigen, das war der geringe Lohn, den der Dichter für seine großen Sorgen einheimste. R. S.

Bruno Walter hat Berlin satt. Bisse, bittere Kunde bleibt unüberwunden: Bruno Walter verhandelt mit Wien wegen Übernomme des dortigen Operndirektorpostens. Für das an Kritik so reiche Opernhaus in der Bismarckstraße wird eine neue Krise am Horizont abgezeichnet, wenn auch noch nicht herausbekannt. Denn erst in 3 Jahren will Walter schieben, von der Sprea an die

Der neue Dreh.

Die Dolchstoßlüge ist tot, — es lebe die Dolchstoßlüge!

Neben anderen reaktionären Blättern nimmt jetzt auch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ zum Prozeß Cohnmann Stellung. Auch sie muß zugeben, daß die Dolchstoßlüge tot ist. Sie ist durch den Münchener Prozeß restlos erledigt. „Die Anklage in München zielt auf einen winzigen Gegner.“

Aber schon sind diese Giftmischer daran, eine neue Dolchstoßlüge zu fabrizieren. Gewiß, die Sozialdemokratie hat den Zusammenbruch nicht gewollt, aber sie ist trotzdem für den Zusammenbruch verantwortlich, weil — die Reichsregierung, die kaiserliche Reichsregierung nicht scharf genug vorging:

„Weshalb fehlte es der damaligen Regierung an der fest zuhaltenden Faust? Weil sie in viel zu weitgehendem Maße beeinflusst war von dem hemmenden Gedanken der Schwäche, die von der Sozialdemokratie nicht als der einzigen Gruppe, von ihr aber am stärksten vertreten wurden.“

Damit geben die Fabrikanten der Dolchstoßlüge nicht nur die kaiserlichen Kriegsregierungen, sondern auch den ehemaligen Kaiser selbst preis. Der ehemalige Kaiser ernannte seine Minister, er ist für sie also auch verantwortlich.

Einer ersten Prüfung hält die Behauptung des schwerindustriellen Staates natürlich nicht stand. Den maßgebenden Einfluß während des Krieges hatten neben der Obersten Heeresleitung die Kreise der Schwerindustrie und der Großlandwirtschaft. Auf diese Kreise fallen also alle Vorwürfe zurück. In ihren Reihen sind die Schuldigen am Zusammenbruch zu suchen. Das wissen sie natürlich auch ganz genau und um das zu bemänteln, beileben sie sich eine neue Dolchstoßlüge zu konstruieren, nachdem die alte zusammengebrochen ist.

Die „Reiniger“.

Riesenunterschlagung des Leiters des gelben Landangelegtenverbandes.

Der Angestellte des Pommerischen Landbundes Karl Preuße hat beim Landbund über 18000 M. unterschlagen.

Als Leiter des Frontkriegerbundes in Steinhilber hat der am 12. Juli 1885 zu Sondershausen geborene Karl Preuße seit längerer Zeit eine Rolle gespielt in den Reihen der vaterländischen Verbände. Er war die tonangebende Person. Preuße war 1. Vorsitzender des Frontkriegerbundes, Leiter des Verbandes der Guts- und Forstbesitzer und -angehörten, Bezirksgruppen Pommerens, und außerdem Kreisleiter des Pommerischen Landbundes. Preuße muß sich schon in echt deutschnationalem, treudeutschem, vaterländischem usw. Sinne betätigt haben, sonst wären ihm sicher nicht alle die angeführten Funktionen übertragen. Er leitete stets die öffentlichen Umzüge der Schwarz-Weiß-Roten, besonders die der Deutschnationalen. Wie so viele andere seiner vaterländischen Kollegen hat auch er sich des Vertrauens durchaus würdig gezeigt, das seine Geldgeber in ihn gesetzt hatten. Er hat den Pommerischen Landbund um das ganze nette Stämmchen von über 18000 M. betrogen.

Der Fall Preuße ist nicht der erste Betrugsfall im Pommerischen Landbund; er hat eine ganze Reihe Vorgänger. Trotzdem glaubt gerade diese Organisation in scheinheiligster Weise sich zum „Reiniger des öffentlichen Lebens“ aufzuspielen. Dieses falsche Spiel vor den Mitgliedern des Pommerischen Landbundes, besonders von den Bauern und Landarbeitern immer mehr erkannt. Scharenweise verlassen sie dieses faule Gebilde.

Das Wollische Telegraphenbureau meldet aus Dürren:

Nach Unterschlagung von 7500 M. ist der Direktor des Reichslandbundes, Hilale Dürren, Schäfer, mit seiner Buchhalterin unter Zurücklassung seiner Familie flüchtig geworden. Es wird angenommen, daß er sich ins Ausland begeben hat, wo er bereits früher längere Zeit tätig war.

Der Prokurist Willi Walter Linow von der Bezugssper-

einigung deutscher Landwirte hat Schicks im Gesamtwert bis zu 250 000 M. gefälscht und zum Gunsten seines Unternehmens abgehoben.

Sozialpolitik mit doppeltem Boden.

Vorsig deckt seine Ehrenämter.

Wir berichteten seinerzeit („Vorwärts“ Nr. 487 vom 13. Oktober), daß im Lager der Arbeitgeber erhebliche Unstimmigkeiten über die Propagandapolitik der Arbeitgeberverbände eingetreten seien. Mit Revisionsfonds kauft man Wissenschaftler und unterstützt man Verlagsanstalten, die sich zur „wissenschaftlichen“ und publizistischen Begründung der sozialreaktionären Unternehmeranschauungen hergeben und selbst nicht davor zurückschrecken, Außenleiter der Partei und der Gewerkschaftsbewegung in den Dienst der Unternehmerpropaganda zu stellen. Indem man sich solcher Verlagsunternehmungen bedient, die durch die Art ihrer übrigen Bücher bei der Arbeiterschaft ein gewisses Vertrauen haben, sucht man sich gerade den organisierten Arbeitern zu nähern und so einen Keil in die Gewerkschaften und Partei zu treiben, Zwietracht zu säen, die Gewerkschaften zu schwächen — während führende Arbeitgeber und ihre Spindeln nach außen hin den Gedanken der Arbeiterschaft predigen, die sie durch ihren Zerstörungstempel gegen die Gewerkschaften selbst untergraben.

Diese Sozialpolitik mit doppeltem Boden, ging nun sogar den christlichen Gewerkschaften an die Nieren. Auch der „Deutsche“, das Blatt Stegerwalds, hat gegen die Korruptionsmethoden der Arbeitgebervereinigungen Front gemacht.

In der bei Otto Eisner erscheinenden amtlischen Zeitschrift der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, dem „Arbeitgeber“, nimmt nun E. v. Vorsig in höchst eigener Person zu den Angriffen Stellung. Die Leistung, die der Industrielle in dem fundgebungsartig abgefaßten Artikel vollbringt, reißt sich den schönsten Leistungen der deutschen Unternehmer in Inflation und Stabilisierung würdig an. Mit Ausflüchten, windigen Erklärungen und halbsolenn Behauptungen stellt sich Vorsig schüchtern vor seine Propagandisten, vor den Altkenntnisler Reisinger und den Hauptmann a. D. Hans-Werner v. Jengen. Er tut das in einer Weise, die uns vermuten läßt, daß er als Vorsitzender der deutschen Arbeitgeberverbände in seinem Leben ebensoviele Bescheid weiß, wie als Unternehmer in der Volkswirtschaft. Was soll man dazu sagen, daß Vorsig gegenüber der Sozialpolitik der Gewerkschaften die Not der deutschen Wirtschaft anführt, die „vielfach nicht einmal zu den notwendigen Aufwendungen Raum gibt“, während für die Arbeiterzeitpropaganda Hunderttausende von Mark in der finstlichsten Weise verschleudert werden, angefangen von der Finanzierung von Epichelbureaus bis zu kostspieligen Besuchen beim ehemaligen Kronprinz und beim Bayern-Kupprecht? Weiß Herr v. Vorsig nichts von der Schuldenwirtschaft, die der Reichsleiter Schubert zur Verteidigung in seinem Unterschlagungsprozess mit Erfolg anführen konnte? Weiß Vorsig davon, daß Gelder der Arbeitgebervereinigungen auf dem Dahrtswege dunkelsten politischen Zwecken zugeflossen sind?

Vorsig weiß in der Tat von nichts. Er hat es auch nicht notwendig — was ein gewisserhafter Schriftsteller immerhin tut, aber er als Anwalt Beschuldigter austritt —, die unterrichteten Kräfte überhaupt zu befragen. Er hat es nicht notwendig, sich an Hand von Tatsachen zu überzeugen — er ist eben ein Unternehmer, der Repräsentant der Arbeitgeber!

Es gibt aber auch andere Unternehmer, die es ablehnen, mit ihrem Namen die Taten der Propagandabteilung zu decken. Bei ihnen sollte er sich zum mindesten Rat holen — oder dieser wird ihnen unerbittlich von der Arbeiterschaft erteilt werden.

Partei-Konferenz der SPD.

In der Reichsparteikonferenz der Kommunisten, die im Preussischen Landtag zusammentrat, um die Parteidiskussion über den bekannnten Etki-Brief durchzuführen, ergab die Abstimmung die Annahme der Richtlinien, die die jetzige zentrale Mehrheit auf der Grundlage des Etki-Briefes aufgestellt hatte, mit 217 zu 30 Stimmen. Die Gegenresolution Scholem kam danach nicht mehr zur Abstimmung.

Alkohol, weil er weiß, daß der Alkohol seine Leistungsfähigkeit herabsetzt; aber — was weit wichtiger ist — der durch irgendeinen Körperporendurchtritt in den Körper gelangte Alkohol, der sein Blut vergiftet und erliegt keiner Versuchung. Wissenschaft bedeutet Verantwortlichkeitsgefühl, d. h. Kulturwissen. Es ist bezeichnend, daß heute ein einziger freier Tag Sportstätten und Gefängnissen mehr Insassen zuführt als eine ganze Arbeitswoche: durch Trunksucht, Kauflust und Unzucht als Folgen eines ungesügelten Triebens. Die Körperkultur, die die Verdrängung roher Triebe und die Beherrschung ihrer Energie und Aufbrennung auf höhere Seelenqualitäten ermöglicht, ist das wirksamste Mittel gegen Rohheit und Stumpfheit und wird so zum Fundament des geistigen Klassenkampfes. Ohne Selbsterziehung keine Seelenerziehung. Der aufrechte Körper ist das Gefäß einer aufrechten Seele, die gestraute Muskel das Sinnbild einer unbeuglichen Bestimmung. Viele wertvollen Gedankengänge sind einer größeren Abhandlung entnommen, die Prof. Dr. Hartung im neuesten Heft der „Urania“, Monatshefte für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre, erscheinen läßt.

Marconis neueste Erfindung. Ueber Marconis neueste Erfindung, die die drahtlose Telegraphie als Mittel zur Orientierung für die Schifffahrt verwendet, bringt die englische Zeitschrift „Nature“ eingehende Einzelheiten. Danach beruht die Erfindung, die als „Jugendlicher Strahl“ bezeichnet wird, auf der Radiogrammetrie und zeichnet sich durch die Einfachheit und Leichtigkeit ihrer Anwendung aus, die keine speziellen Kenntnisse erfordert. Eine irgendwo am Land aufgestellte Station übt die Wirkung eines Leuchtturms, indem sie Radiostrahlen von kurzer Wellenlänge, die höchstens sechs Meter beträgt, ausstrahlt. Diese breiten sich nach allen Richtungen aus und suchen jenseits den Horizont ab wie die Lichtstrahlen eines Leuchtturms. In einem Kreisabschnitt von etwa 15 Grad entleitet der Leuchtturm nach verschiedenen vorher bestimmten Richtungen Morse-Signale, die für jede Richtung verschieden sind. Das Schiff, das einen von Marconi für diesen Zweck konstruierten Sonderempfänger an Bord hat, nimmt eine bestimmte Zahl von Morse-Signalen, viel leicht vier oder fünf, auf, von denen die Mitte genommen wird, die ziemlich genau die Richtung anzeigt, die es zum Leuchtturm hat. Die in kurzen Zwischenräumen wiederholte Drobe gestattet es, die Lage des Schiffes ganz exakt festzustellen. Das System, das bei allen Witterungsverhältnissen tadellos funktioniert, ist bestimmt, der Schifffahrt große Dienste zu leisten.

Im Flugzug nach dem Südpol. Im Frühjahr 1926 plant der Flieger Wilkins, der bereits an mehreren Südpolfahrten teilgenommen hat, mit Unterstützung der australischen Geographischen Gesellschaft eine Flugzeugexpedition nach dem Südpol zu unternehmen. Dabei will Wilkins eine Dornier-Wal-Maschine verwenden, wie sie auch Amundsen auf seinem Nordpolflug benutzte hat.

Das Sternsche Korporetorium der Musik, die älteste Musikschule Berlins, beginnt Sonntag sein 75jähriges Jubiläum mit einem Festkonzert jenseits Schüler und Schülerinnen im Beethovenaal. Montag folgt an gleicher Stelle ein Festkonzert für Schüler und Lehrer, an Dienstag eine Aufführung von Humperdincks „Hänsel und Gretel“ im Theater des Westens.

Vorlesungen über Völkerverrecht hält Reichsgerichtspräsident Dr. Simons vom 2. Nov. an alle 14 Tage Montag von 3-7 Uhr am der Deutschen Hochschule für Politik.

Dem Schöpfer der Volkshochschule Berlin.

Die Volkshochschule Berlin hat durch den Tod des Universitätsprofessors Dr. Metz, der auf einer Amerikareise farb, einen schweren Verlust erlitten. Professor Metz gehörte zu den wagemutigen Gründern dieser Lehrstätte, er ebnete ihrer Entwicklung die Wege als Organisator voll Umsicht und Tatkraft, und er hat ihr bis an sein Lebensende als wissenschaftlicher Berater gedient. Das Andenken des Verstorbenen ehre die Volkshochschule durch eine vom Vorstand veranstaltete Feier, zu der am Sonntag die Schülerschaft sich mit der Lehrerschaft im Berliner Rathaus versammelte.

Dr. Th. Geiger, der Vertreter des Vorstandes, ließ in seiner Gedenkrede aus einer rückblickenden Darstellung der Geschichte der im Jahre 1919 geschaffenen Volkshochschule das Bild ihres Schöpfers entstehen. Von seinem Tod ist, klagte er, die Volkshochschule getroffen worden, wie eine Familie von dem Tod des Vaters getroffen wird. Metz, der ein Mann nicht der Worte, sondern des Werkes war, habe im Gegenstoß zu vielen nur sogenannten „Volkshochschulen“ eine wirkliche Volkshochschule des wertvollen Großstädters aufgebaut. Der Redner gedachte unseres Genossen Sassenbach, der damals durch seine Mitarbeit den Gelehrten Metz aufs glücklichste ergänzte und dem Gedanken der Volkshochschule in der Arbeiterschaft den Boden bereite. Metz habe darauf vertraut, daß an einer solchen Lehrstätte auch die Wissenschaft aus der Berührung mit dem Volk reiche Anregung empfangen werde. Zwischen Wissenschaft und Volk werde es zu einem Verhältnis wechselseitigen Gebens und Empfangens kommen, und das könne der Kern einer neuen deutschen Volksgemeinschaft werden. Darin hat Metz die Bedeutung der Volkshochschule gesehen, daß sie eine partielle Arbeitsgemeinschaft der akademischen Wissenschaft und des wertvollen Volkes sei. In diesem Fundament hat er nicht rüsten lassen, und es zu schämen, sei — schloß der Redner — das von Metz hinterlassene heilige Vermächtnis.

Auch Vertreter der Lehrerschaft und der Schülerschaft würdigten in Gedenkworten das der Wissenschaft und dem Volk getragene Wirken des zu früh verstorbenen Förderers der Volkshochschule. Gelang des Berliner Volkshochsors hatte die Feier eingeleitet und gab ihr weichen Ausklang.

Das Verfahren gegen den Berliner Frontbann.

Befähigung der meisten Haftbefehle.

Der Vernehmungsrichter im Polizeipräsidium, Amtsgerichtsrot Dr. Struckmann, dem die am Donnerstag verhafteten Mitglieder des Berliner Frontbannes vorgeführt worden sind, hat bei sieben der Festgenommenen die Haftbefehle bestätigt, während zwei auf freien Fuß gesetzt wurden. Der Verdacht der Geheimbündelei gemäß § 128 StGB. liegt gegen die verhafteten Frontbannmitglieder auf die in dieser Organisation bestehende Verwicklung zu unbedingtem Gehorsam gegen die Führer. Auf dieses Vergehen stehen Strafen von 6 bis 12 Monaten Gefängnis. Des weiteren scheint insbesondere Hauptmann Köhrbein auch hinsichtlich strafbarer Handlungen gemäß § 175 StGB. schwer belastet zu sein, wie durch Vernehmungen von ebenfalls festgenommenen jüngeren Angehörigen, sowie von ehemaligen Mitgliedern des Berliner Frontbannes festgestellt worden ist.

Das Banner muß stehn . . .

Republikanischer Tag in Bernau.

Am Sonnabend und Sonntag stand das kleine märkische Städtchen Bernau im Zeichen der Reichsfarben. Anlaß dazu gab die Fahnenweihe der Bernauer Kameradschaft des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Schon am Sonnabend nachmittag trafen ausmächtige Kameraden ein, die sich in den Abendstunden zu einem imposanten Fackelzug zusammenschlossen.

Der republikanisch gestimmte Teil der Bernauer Bevölkerung, es sich nicht nehmen lassen, das schwarzrote Banner zu weihen. Auch rote Fahnen mit schwarzrotem Gold wurden viel gezeigt. Oft waren die Fenster feierlich illuminiert. Die wuchtige Kundendemonstration endete im Restaurant „Bellvue“, wo unter anderem Bandrat Genosse Schemminger Gelegenheit hatte, für die ihm gefandene Einladung herzlich zu danken. Er betonte dabei, daß Beamte und Reichsbannerleute in der Pflichterfüllung eins gemeinsam hätten, nämlich die Republik mit allen Kräften zu schützen. — In den frühen Sonntagmorgensstunden zogen dann weitere auswärtige Kameradschaften in Bernau ein. Oft war weiter Weg nicht gefehlt worden. So kamen auch Kameraden aus Mecklenburg. In den Mittagsstunden fand auf dem feierlich geschmückten Marktplatz die Fahnenweihe statt. Der Aufmarsch, der sich unter Vorantritt der Bernauer Kameradschaftspatulle vollzog, brachte weit über 2000 Mann zusammen. Ein Arbeiter-Gesangsverein stimmte die Feier. Gauvorsitzender Kamerad Fritz Koch hielt die Weiherede. Er wies auf die Konferenz in Locarno hin und fernzeigte das Treiben der Deutschnationalen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen warnte der Redner eindringlich diejenigen, die daran denken, dem freien deutschen Volk wieder die „Freiheit“ von 1914 zu geben. Mit den Worten: „Das Banner steht, wenn der Mann auch fällt!“ weihte er die Fahne und gedachte der im Kriege gefallenen Väter und Söhne sowie der gemordeten und zu Tode gegebnen Führer des neuen Staatsgebantens.

Ein Lustmordversuch.

Selbstgefälligkeit des Täters.

Der 22jährige Arbeiter Erich Fusan stellte sich der Kriminalpolizei und beichtete sich selbst, einen Lustmord an einem kleinen Mädchen verübt zu haben. Diese Beichtungen haben sich so weit als wahr erwiesen, als F. tatsächlich nach einem Mordversuch an einem kleinen Mädchen schaltete und tatsächlich glaubte, daß das Kind tot sei.

Fusan ist Sadist und Masochist. In der letzten Zeit war er in Freiwalde bei einem Maurermeister beschäftigt. Hier wurde er auf kleine Kinder aufmerksam und kam auf den Gedanken, an einem kleinen Mädchen einen Lustmord zu begehen. Er führte ihn aber nicht in Freiwalde aus, sondern fuhr zunächst nach Berlin. Sein Meister hatte ihn beauftragt, hier 60 M. einzuzahlen und ihm außer diesem Gelde auch sein Fahrrad mitzugeben. Er brachte das Geld in Berlin durch und verkaufte auch noch das Fahrrad. Am Sonnabend vormittag sah er in der Rügelsheimer Straße in Köpenick vor 12 Uhr ein kleines Mädchen, das mit seinem kleinen Bruder spielte, während die Eltern auf ihren Arbeitsstellen waren. Es gelang ihm, die Kinder mit Schokolade so an sich zu locken, daß sie ihm nach dem Walde folgten. Von hier schickte er den Knaben zurück. Als er nun mit dem Mädchen allein war, zog er ihm die Schuhe, die Strümpfe und das Höschen aus und würgte es, so daß ihm Blut aus Mund und Nase trat. Mit dem Rasiermesser wollte er es, wie er angibt, töten. Das Kind konnte aber noch um Hilfe rufen. Als Fusan sah, von einem nahen Laubengelände her Schritte hörte, ließ er von ihm ab. Die Kleine lief davon. Fusan sah, wie sie dann hinfiel und glaubte, daß sie tot sei. Er lief nun auch davon und fuhr nach Berlin, um sich von Bekannten Geld zu verschaffen. Diesen Plan gab er aber wieder auf und endlich ging er nach dem Polizeipräsidium und stellte sich. Das kleine Mädchen aber war, jämmerlich zugerichtet, heimgesetzt. Fusan wurde nach Berlin gebracht, schon, um ihn vor einer etwaigen Lynchjustiz in Köpenick zu schützen. Er ist körperlich und geistig zurückgeblieben und macht, obwohl er 22 Jahre zählt, den Eindruck eines 13jährigen Jungen. Er wird im Polizeipräsidium über seine ganze Vergangenheit nach eingehend verhört und dann dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden.

Schlagwetterkatastrophe im Ruhrrevier

17 Todesopfer auf Zeche „Holland“ der Phönix A.-G.

Wieder ist das Ruhrkohlegebiet von einer schweren Schlagwetterexplosion, die 17 brave Bergleute als Opfer forderte, heimgesucht worden. Die Stätte des Unglücks ist diesmal die Zeche „Holland“ der Phönix-A.-G. bei Gelsenkirchen-Wattenscheid. Im einzelnen liegen uns folgende Nachrichten über das Unglück vor:

Wattenscheid, 2. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonnabend zwischen 8 und 9 Uhr abends ereignete sich, vermutlich durch Sprengschuß (Genaueres über die Ursache ist bisher nicht festgestellt worden) auf Schacht I—II der Zeche „Holland“ eine Schlagwetterexplosion, der 17 Tote zum Opfer fielen. Außerdem sind viele Schwerverletzte zu beklagen, von denen einer in Lebensgefahr schwelgt. Der Explosionsherd befand sich wahrscheinlich zwischen 8. und 9. Sohle in der unteren Feittholenpartie der Schachtabteilung. Die Grube ist wieder befahrbar. Weitere Gefahren bestehen nach Feststellungen der Bergbauaufsichtsbehörden nicht. In der Schachtabteilung, in der die Explosion sich ereignete, waren 50 Mann beschäftigt. Es handelt sich um eine geschlossene Abteilung, von der keine direkte Verbindung zu den anderen Abteilungen bestand. Die furchtbare Gewalt der Explosion zeigte sich in den Verheerungen der Schachtabteilung der 8. Sohle. Dagegen blieben sämtliche Streden und Triebtriebe außer einem vollkommen zusammengebrochenen Ostente erhalten. Die Toten sind fast restlos verlohnt und teilweise stark verkrüppelt. Auf der Teilschöte Det 6 lagen der Hauer sowie Behrhauser tot an der Arbeitsstelle. Einige Tote wurden in den Querschlägen gefunden, wo sie anscheinend Rettung gesucht haben. Bei ihnen war der Tod anscheinend durch die giftigen Schwaden eingetreten. Sämtliche Belegen wurden bis 4 Uhr morgens geborgen. Sie wurden in dem Knappschichtkrankenhaus in Uedendorf aufgebahrt. Vor den Zechnanten hatte sich sofort nach dem Unglück im Laufe der Nacht zum Sonntag eine riesige Menschenmenge angesammelt. Der Zechenplatz wurde polizeilich gesperrt. Herzzerreißende Szenen ereigneten sich, als die Namen der ersten Toten bekanntgegeben wurden. Viele Frauen harrten in banger Sorge um das Schicksal ihrer Männer und Söhne bis zum Tagesanbruch, als die Totenliste bekanntgegeben wurde. Von den Opfern sind 14 Familienväter, drei sind ledig. — Die Schachtanlage I—II hat eine Belegschaft von 2600 Mann. Das letzte große Schlagwetterunglück auf der Zeche „Holland“ ereignete sich im Jahre 1915 auf Schachtanlage III—IV, wobei 12 Tote den Schlagwettern zum Opfer fielen.

Der amtliche Bericht.

Essen, 2. November. (TU.) Am Allerheiligen-Sonntag durchbrach die neue Schreckenskunde vom Explosionsunglück auf der zur Phönix A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb gehörigen Zeche Holland in Gelsenkirchen-Wattenscheid das Ruhrrevier. 17 Bergleute sind wiederum einer Schlagwetterexplosion zum Opfer gefallen. Die 17 Opfer sowie die beiden Verletzten, von denen der eine in Lebensgefahr schwelgt, befinden sich im Knappschichtkrankenhaus in Uedendorf. Die Gewalt der Explosion geht daraus hervor, daß oberirdisch die Erdschütterung weithin bemerkbar war. Die Rettungsarbeiten waren gegen 4 Uhr morgens beendet.

Die bergbauische Behörde, die sofort eingeschaltet war, gibt folgenden Bericht: „Das Preussische Oberbergamt in Dortmund teilt am 1. November mittags 12 Uhr mit: Auf der Schachtanlage I/II Wattenscheid hat am Sonnabend, den 31. Oktober, abends gegen Ende der Mittagschicht eine Explosion stattgefunden, bei der 17 Bergleute getötet und zwei verletzt worden sind. Die Explosion hat eine Abteilung zwischen der achten und neunten Sohle betroffen, in der die untere Feitthole mit Holz Didebant als liegendes Holz gebaut wurde. Der Erzgang sind schwere Gesteinsstücke in Holz Didebant vorausgegangen, das als Hangendes eine etwa zehn Meter mächtige Sandsteinbank hat. Die betroffenen Baue waren durch Gesteinstaub, und zwar durch Sperren und Streunungen gesichert. Diese Sicherung hat ihre volle Schuldigkeit getan, da die Explosion über den eigentlichen Herd nicht hinausgeschlagen ist. Die Wirkung hat sich nach dem bisherigen Befund anscheinend sogar nur auf einige Hauptstrecken beschränkt. Die ganze Belegschaft ist mit elektrischen Lampen ausgerüstet. Die Toten sind sämtlich geborgen. Einer der beiden Verletzten schwelgt in Lebensgefahr, der zweite ist nur leicht verletzt. Weitere Bergleute sind nicht gefährdet. Die betroffenen Baue sind mit Ausnahme weniger Stellen, die zu Bruch gegangen sind, wieder befahrbar. Die Ursache der Explosion konnte noch nicht festgestellt werden. Es wird bisher vermutet, daß es sich um eine Explosion von Schlagwetter handelt, die bei den ruckhaften Sägen des Gebirges ausgetrieben wurden und an irgendeiner Stelle

zur Entzündung gekommen sind. Die bergbehördliche Untersuchung ist im Gange. Der Berghauptmann mit Vertretern der Bergbehörden ist an Ort und Stelle.

Die Untersuchung.

Bochum, 2. November. (Eigener Drahtbericht.) Auf Anruf bei der Zechenleitung erfahren wir, daß die Aufräumungsarbeiten bei der Schachtabteilung, in der sich das Unglück ereignete, in vollem Gange sind. Der Materialschaden ist unerheblich, da durch das Unglück keinerlei Hinderungsmaßnahmen verursacht worden sind. Nur einige kleinere Redensreden sind zu Bruch gegangen. Die betreffende Schachtabteilung war bald nach dem Vorbringen der Rettungsmannschaften wieder befahrbar. Am Montag morgen wurde das polizeiliche Untersuchungsverfahren eingeleitet. Die Freigabe der Belegen der Unglücksopfer steht noch nicht fest. Voraussichtlich wird die Beerdigung am Mittwoch, spätestens Donnerstag stattfinden. Montag vormittag ist die Gruben Sicherheitskommission unter Leitung des Berghauptmanns Doerthun wieder in die Grube eingefahren, um die Untersuchung über die Ursache des Unglücks fortzusetzen.

Nach der ersten Befahrung des Unglückschachtes Holland III/IV gestern morgen durch die Bergbaubehörden sind abermals zwei Untersuchungskommissionen, die eine unter Führung des Berghauptmanns Doerthun, die andere unter Führung des Oberbergamts Schlattmann, in verschiedene Schächte zwecks weiterer Untersuchung der Explosionskatastrophe eingefahren. Nach der Aufsicht zwischen fünf und sechs Uhr nachmittags ergab sich jedoch noch keine abschließende Klarstellung über die Ursache des Unglücks. Es werden daher die Untersuchungen unter Mitwirkung der Staatsanwaltschaft fortgesetzt. Heute sollen weitere Zeugen vernommen werden. In dem Befahren des einen der beiden Verletzten ist eine Besserung eingetreten, so daß zu hoffen ist, ihn am Leben zu erhalten. Die Schachtanlage der Zeche Holland stellt einen auf das modernste ausgearbeiteten Grubenbetrieb dar. Bisher waren in dem Schacht noch keine besonders starken Ansammlungen von Schlagwettern beobachtet worden. Die Mittagschicht des Sonnabends war in einer Stärke von 300 Mann eingefahren, die bis auf die 19 vom Unglück Betroffenen sämtlich geborgen wurden.

Beleid der preussischen Regierung.

Aus Anlaß des Grubenunglücks auf der Zeche Holland bei Wattenscheid hat, wie der „Amtliche Preussische Pressedienst“ mitteilt, der preussische Ministerpräsident Braun folgende Beleidstelegramme gesandt:

An die Verwaltung der Zeche Holland.
„Aus Anlaß des schweren Grubenunglücks spreche ich namens der preussischen Staatsregierung die herzlichste Teilnahme aus.“

An den Betriebsauschuß der Zeche Holland I und II.
„In Anlaß des furchtbaren Grubenunglücks, das die dortige Zeche betroffen hat, überfende ich den aufs schwerste betroffenen Angehörigen, sowie dem Betriebsauschuß, zugleich im Namen der preussischen Staatsregierung, den Ausdruck aufrichtigster Teilnahme.“

Auf der Gutes-Hoffnungshütte in Sterkrade, Abteilung Kesselschmiede, stürzte ein Gerüst ein und begrub die darauf beschäftigten Arbeiter unter sich, wobei fünf schwer verletzt wurden.

Sozialdemokratische Anfrage im Landtag.

Die Landtagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei hat zum Grubenunglück auf der Zeche Holland I und II folgende große Anfrage eingereicht.

Auf der Zeche Holland I und II in Wattenscheid hat am Sonnabend den 31. Oktober abends gegen Ende der Mittagschicht eine Explosion stattgefunden, bei der 17 Bergleute getötet und 2 verletzt worden sind. Die Explosion hat eine Abteilung zwischen der achten und neunten Sohle betroffen, in der die untere Feitthole mit Holz Didebant als liegendes Holz gebaut wurde. Wir fragen das Staatsministerium, ist es bereit mitzuteilen:

1. Ob bereits vor der Explosion auf der Zeche Holland I und II Schlagwetter aufgetreten und bemerkt worden sind?
2. Ob die explodierten Schlagwetter nur durch den plötzlichen Gebirgsdruck ausgetreten sind.
3. Wie die Schlagwetter angezündet wurden, da nach Mitteilung der Bergbehörde die Belegschaft mit elektrischen Grubenlampen ausgerüstet war.
4. Hat bei der Schlagwetterexplosion auch der Kohlenstaub mitgewirkt?
5. Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um in der Zukunft derartige Explosionen zu verhindern?

5 Uhr starb. Die Ursache des Selbstmordes dürfte in Chestreitigkeiten zu suchen sein.

Eisenbahnunglück in Malmö.

Stockholm, 2. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag früh ereignete sich auf dem Bahnhof in Malmö ein schweres Eisenbahnunglück. Von dem Schnellzug Stockholm—Berlin, der abends 8 Uhr 15 Minuten Stockholm verließ, entgleisten morgens bei der Einfahrt die beiden letzten Wagen. Es handelt sich um einen Schlafwagen, der nach Kopenhagen übergeführt werden sollte, und einem Wagen 2. Klasse. Der Schlafwagenführer wurde getötet, zwei Reisende wurden schwer verletzt in das Krankenhaus in Malmö transportiert werden. Mit dreierstündiger Verspätung konnte der Zug seine Fahrt fortsetzen.

Flugzeugkatastrophe in Kopenhagen.

Kopenhagen, 2. November. (Eigener Drahtbericht.) Auf dem Kopenhagener Flugplatz ist am Sonntag nachmittags eine Höttermaschine abgestürzt. Der Führer der Maschine, ein früherer dänischer Militärflieger, und drei Passagiere waren sofort tot. Zwei andere Passagiere liegen schwer verletzt im Krankenhaus. Nach den Ausfagen aller Sachverständigen trägt der Führer der Maschine die Schuld an dem Unglück.

Die guten Steuerberater. Unter großer Reklame eröffneten ein gewisser Bergmann und Wegner in Neustrelitz eine Steuerberatungsstelle. Beide „Steuerberater“ mußten in den schwierigsten Steuerfällen Bescheid; jede Reklamation ging durch und sie waren sogar in der Lage, bei Zahlungen an die Finanzämter in Mecklenburg nur immer drei Viertel der Beträge zahlen zu müssen, die als voll bezahlt quittiert wurden. Leider aber sind jetzt die Steuerberater verschwunden, es hatte sich nämlich herausgestellt, daß sie die ihnen übergebenen Beträge gar nicht gezahlt haben. Die Personen, die so gut beraten waren, sind nun gezwungen, die Beträge nochmals an die Finanzämter zu zahlen; die beiden Steuerberater, die in kurzer Zeit mehrere tausend Mark erbeutet haben, werden jetzt von der Polizei gesucht.

Groß-Berliner Parteienachrichten.

7. Kreis, Weibling, Mitglieder des Bildungsausschusses; Paul, Wamag, Schölen der Filiale 15, 16, 18, 19, 20. Bei Führer, Zeitschrift (Verwaltungsblätter), 17, 21, 22, 23. Bei Schäfer, Müller

